

Giancarlo Zizola

Die katholische Kirche und das Referendum gegen das Ehescheidungs- gesetz in Italien

Am 12. Mai 1974 haben die italienischen Stimmbürger das Referendum gegen das Ehescheidungsgesetz abgelehnt und sich somit geweiigert, dieses Gesetz, das in Italien seit Dezember 1970 in Kraft ist, aufzuheben. Die Stimmen zugunsten der Aufrechterhaltung des Scheidungsrechtes im Zivilgesetz sind zahlreicher gewesen, als sich voraussehen ließ, trotz der von der Democrazia Cristiana – der Mehrheitspartei, die seit dreißig Jahren am Ruder ist – geführten Kampagne, trotz der gegen das Scheidungsgesetz gerichteten Weisungen des Episkopates und des psychologischen Drucks von seiten des katholischen Apparates.

Gegen die Aufhebung des Scheidungsrechtes sprachen sich 19093 929 Stimmbürger, d. h. 59,1% der gültigen Stimmen aus; für seine Aufhebung votierten 13 188 184 Italiener, d. h. 40,9%. Etwa vier Millionen enthielten sich der Stimme und legten einen weißen Stimmzettel ein. So konnte man ausrechnen, daß weniger als dreißig Italiener von hundert dem katholischen Aufruf gegen das Ehescheidungsgesetz gefolgt sind. Überdies war ein Auszug von Wählern aus der Democrazia Cristiana festzustellen: gegen drei Millionen Stimmbürger (zirka 7%), die für die «katholische» Partei zu stimmen pflegten, haben im Referendumskampf der Entscheidung ihrer Partei gegen das Scheidungsgesetz die Gefolgschaft versagt. Diese Wählerflucht zeigte sich am deutlichsten in den am treuesten zur Kirche haltenden Provinzen, wie z. B. im Veneto, im Trentino, auf Sizilien und in den Abruzzen sowie in den neuindustrialisierten Städten des Südens, in denen die Kirche immer noch ein starkes Gewicht hat und eine bedeutsame gesellschaftliche Rolle spielt. Es ließ sich feststellen, daß die Einheit der «katholischen Welt» in eben den Zonen am schlimmsten «verraten» wurde, in denen die religiöse Praxis das Landesmittel (25 bis 28%) übertrifft und wo die kirchliche Autorität in der Kontroverse über das Scheidungsgesetz sich

besonders autoritäre und repressive Haltungen und Maßnahmen zu eigen gemacht hatte.

Der Abschluß dieser Schlacht, die zutiefst mit den 1969–1974 in der italienischen Gesellschaft zutage getretenen Bestrebungen zu einer autoritären Restauration verquickt war, hat die Pläne derer durchkreuzt, die sich des Referendums über dessen eigentlichen Gegenstand hinaus als einer von der Volksabstimmung ratifizierten politischen Plattform zu einem allgemeinen «Ordnungsblock» bedienen wollten. Die politische Funktion des Referendums gegen das Scheidungsgesetz hatte das Übergewicht über die sittlich-religiöse Natur der Kontroverse; dazu ist es nicht bloß aus taktischen Forderungen gekommen, welche die Debatte auf Nebenkanäle ablenken wollten, sondern kraft der Geschichte und Natur dieser Schlacht, deren erbitterter Charakter von der Zeitschrift der italienischen Jesuiten «Civiltà Cattolica» mit der Heftigkeit der Debatte von 1949 über den Beitritt Italiens zum Atlantikpakt verglichen worden ist.

Das Ehescheidungsgesetz war in einer dramatischen Phase der italienischen Gesellschaft besonders von den Sozialisten durchgesetzt worden. Auf die Arbeiterkämpfe des «heißen» Herbstes 1969, aus denen die Arbeiterbewegung gestärkt hervorgegangen war, hatte das faschistische Gemetzel von Mailand geantwortet, das erste einer langen Reihe politischer Attentate, deren Drahtzieher okkulte Kräfte waren, die im Staatsapparat Deckung und Komplizenschaft gefunden hatten und die Verantwortung für die Massaker und Attentate Linkselementen in die Schuhe zu schieben suchten. Diese Strategie der Spannung, die auf dem ideologischen Organ der «extremen Gegensätze», Kommunismus und Neofaschismus, spielte, hatte im wesentlichen zum Ziel, die linke Klasse zu schwächen, die Einheit der Arbeiterbewegung zu sprengen, die Regierungsbündnis zwischen Katholiken und Sozialisten (eine 1963 auf der Welle des Pontifikates Johannes' XXIII. zustandegekommene Koalition) in eine Krise hineinzubringen. Als neutraler Punkt des Atlantikpaktes und des politisch-militärischen Gleichgewichts im Mittelmeerraum konnte Italien als ein amerikanischer Flugzeugträger voller nuklearer Lenkwaffen und Unterseeboote erscheinen, dessen Besatzung allzu viele Zeichen von Meuterei gab. Das nach stürmischen Sitzungen vom Parlament angenommene Scheidungsgesetz wurde deshalb dazu verwendet, die Gegensätze zwischen Katholiken und Sozialisten zu verschärfen, eine Rechtsschwenkung der Regierung herbeizuführen und die Democrazia

Cristiana zu immer rückständigeren politischen Kompromissen zu zwingen. Der Versuch, das Referendum zu verhüten, um die Spaltungen nicht noch zu verschlimmern, hatte viele Erfolgschancen: sowohl die Kommunisten als auch die Sozialisten und der Heilige Stuhl hatten guten Willen an den Tag gelegt, das Scheidungsgesetz so zu reformieren, daß das Referendum zu seiner Abschaffung nicht mehr nötig gewesen wäre. In der zweiten Jahreshälfte von 1973 hatten wiederholt Verhandlungen in dieser Richtung stattgefunden. Der Heilige Stuhl zog eine gemäßigte Lösung in der Ehescheidungsfrage der Gefahr vor, den «religiösen Frieden» in Italien zu gefährden und das Konkordat auszuhöhlen. Die kommunistische Partei, die dem Heiligen Stuhl weitgehende Zusicherungen in bezug auf die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat gegeben hatte, hatte ein Interesse daran, einen Konflikt mit den Katholiken auf einem Feld wie dem der Ehescheidung zu vermeiden, von dem sie dachten, daß ihre Wählerschaft geteilter Ansicht sein werde, zudem zu einem Zeitpunkt einer «ideologischen Schwenkung» der Partei, die von einer globalen Opposition sich zu den Thesen der «historischen Übereinkunft» mit den katholischen Kräften hingewandt hatte.

Der Versuch, das Referendum zu vermeiden, scheiterte, wie man annehmen darf, infolge der gegenteiligen Entscheidung des politischen Sekretärs der Democrazia Cristiana, Professor Amintore Fanfani, der die politische Einheit der Katholiken zu kräftigen suchte, um die Partei ideologisch zu stärken, die Kommunisten zu schwächen und den im Gang befindlichen Versuche, eine zweite, rechtsstehende katholische Partei zu gründen, unter Kontrolle zu bringen. Die Zündung der Referendumsbombe in Italien verfolgte somit wesentlich ein politisches Ziel: die Spaltung und Isolierung der Arbeiterklasse, die direkt und vermittelt der Gewerkschaften in das Machtvakuum eingedrungen war, zu dem die italienische Demokratie degeneriert war; die Demonstration, daß die politische Klasse und ihre Zielsetzungen als «Ordnungsblock» über eine Basis im Konsens des Volkes verfüge, deren man sich bedienen könne, um über die populäre linke Alternative Herr zu werden. Diese Pläne sind am 12. Mai zunichte gemacht worden. Und dieses «Loch» wurde sechzehn Tage später auf schreckliche Weise gefüllt von einem weiteren politischen Massaker, das zu Brescia auf Anstiften obskurer Auftraggeber verübt wurde. Im Jahrfünft 1969–1974 sind in Italien

Bomben, die Wirtschaftskrise und das Scheidungsgesetz verwendet worden, um in einem politischen Rahmen, der immer offener den Interessen des Kapitalismus diene, das qualitative Wachstum des italienischen Volkes zu hemmen. Nichts läßt darauf schließen, daß trotz der Reaktion des Volkes im Referendumskampf und in den Nationalstreiks gegen die Attentate in den öffentlichen Institutionen und Gewalten, über die in der Nachkriegszeit die Democrazia Cristiana die Vorherrschaft ausübt, entscheidende Kursänderungen erfolgen werden.

In diesen Umraum war die Rolle der katholischen Kirche im Referendumskampf eingebettet. Wie in Spanien und vielen lateinamerikanischen Nationen kam es bei dieser Gelegenheit auch in Italien zum Versuch, wiederum eine Kirche zurückzugewinnen, die sich der staatlichen Macht unterwirft und die bestehende Ordnung legitimiert, um dafür den Schutz der Regierung zur Entfaltung ihrer Hilfswerke und ihrer «geistigen» Sendung zu erhalten. Der Umstand, daß in einigen von Kommunisten regierten Regionen die katholischen Asyle und Hilfswerke unter die Oberhoheit der Region gestellt worden waren, hatte den Episkopat in Alarmzustand versetzt und seine Verteidigungsinстинkte geschärft. Die Befürchtungen, das «katholische» Italien könnte zu einem «Scheidungsland» werden, wurden durch die Feststellung, daß nur eine sehr geringe Zahl von Ehepaaren von der Scheidungsmöglichkeit Gebrauch gemacht hatte, nicht beschwichtigt. Die Hierarchie war besorgt, da sie mit einer ganzen Reihe von Gesetzen rechnete, die den italienischen Katholizismus weltanschaulich unterhöhlen könnten (mit Einschluß eines Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch). Das Referendum wurde von den meisten für eine günstige Gelegenheit gehalten, den «Gesundheitszustand der italienischen Kirche» zu diagnostizieren und noch mehr um die Einheit der Katholiken als eine «societas perfecta» wiederherzustellen und für den Grundsatz einzutreten, daß die zivile Gesetzgebung die katholischen Prinzipien widerspiegeln müsse, die von der Mehrheit der Italiener vertreten werde.

So kam es wiederum zur alten Interessenverbindung, welche die Kirche mit der politischen Macht und namentlich mit der Democrazia Cristiana verband. Während in vielen Ländern die Kirche sich nicht mehr dazu hergibt, die ihr vom politischen Schutzherrn abverlangte oder aufgezwungene Legitimierungsrolle zu spielen, sondern im Gegenteil kritisch und störrisch wird, hat in Italien die katho-

lische Hierarchie den von der Democrazia Cristiana ausdrücklich an sie herangetragenen Bitten, das Referendum zu legitimieren, entsprochen. Diese Partei hatte vor allem beim Heiligen Stuhl um kirchliche Deckung für die Operation nachgesucht. Der Papst hatte die Antwort erteilen lassen, daß die Verantwortungsbereiche zu unterscheiden seien und daß deshalb für die Haltung der Kirche zum Referendum gänzlich der italienische Episkopat zuständig sei. Direkt mit der Frage befaßt, hatte die Spitze der Bischofskonferenz die notwendigen Zusicherungen gegeben, obwohl die Diplomaten des Heiligen Stuhls gegen das Referendum eingestellt waren. Für die Spitzen des Episkopats war es undenkbar, daß der Episkopat der Pflicht ausweichen dürfe, sich über die Lehrgrundsätze, die die Unauflöslichkeit der Ehe betreffen, zu äußern. Aus Naivität oder aus einer politischen Fehleinschätzung waren sie nicht gesonnen, die Funktion und die politischen Konsequenzen abzuschätzen, die ihr abstrakt moralischer Aufruf erhalten könnte. Wie in allen früheren Aufrufen gegen die Ehescheidung gelang es dem Episkopat zudem nicht, seiner Lehrposition eine streng biblische Grundlage zu geben und zur Lage der Familie in einer kapitalistischen Gesellschaft, von der die Ehescheidung eine typische Folge ist, kritisch Stellung zu nehmen. Innerhalb des Episkopats waren gegensätzliche Kräfte am Werk, was die verschiedenen Widersprüche in seinem Verhalten erklärt: in einem ersten Zeitpunkte wurde ausgeschlossen, daß das Referendum die Lehrgrundsätze ins Spiel bringe und somit die Katholiken zur Glaubensdisziplin verpflichte; ja man bestätigte, daß die Katholiken in ihrer Entscheidung frei seien. Darnach gewann die integralistische These die Oberhand, die Stimmbürger seien im Gewissen verpflichtet, dem Referendum zuzustimmen. Gegen die Katholiken, die nicht dieser Meinung waren, wurde mit Exkommunikationsdrohungen, mit Suspensionen a divinis und verschiedenen Zensuren vorgegangen. Ihre Abstandnahme von der theologischen und politischen Uniformität wurde als ein Bruch mit der Einheit der Kirche bezeichnet. Die wiederholten Erklärungen der dissidenten Katholiken, sie würden die Werte der Unauflöslichkeit der Ehe anerkennen, dem «religiösen» Lehramt der Kirche beipflichten und sich an das Konzil halten, wurden nicht zur Kenntnis genommen, sondern man verdächtigte sie des Austritts aus der kirchlichen Gemeinschaft. Der «Osservatore Romano» schrieb, mit ihrem Nein zur Aufhebung des Scheidungsgesetzes hät-

ten sie «von sich aus» auf die Kirche «verzichtet», womit bestätigt wurde, daß die Verlautbarungen der Hierarchie für die Katholiken verpflichtend seien.

Daß auf der italienischen Szene eine Bewegung von Katholiken in Erscheinung trat, die aus Glaubensgründen und um der bürgerlichen Freiheit willen sich zusammenschlossen, um für ein «Nein» zur Abschaffung des Scheidungsgesetzes einzutreten, war etwas Neues und ist für einen Großteil der italienischen Hierarchie zu einem Trauma geworden. Die Initiative dazu war am 17. Februar 1974 von einer Gruppe katholischer Intellektueller und Gewerkschafter ergriffen worden. In einem Appell an alle christlich gesinnten Demokraten ersuchten sie um die Ablehnung des Referendums, «um für Werte des bürgerlichen Zusammenlebens und der Religionsfreiheit einzutreten, die in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft von entscheidender Wichtigkeit sind.» Sie erklärten: «Das religiöse und sittliche Prinzip der Einheit der Familie und der Unauflöslichkeit der Ehe darf und soll als Wert bewahrt und bekräftigt werden, kann aber nicht in intransigenter Form vom Zivilgesetz übernommen werden, so daß das Gesetz nicht Fälle vorsehen dürfte, in denen die Ehe aufgelöst werden kann, weil sie bereits gescheitert ist.»

Auf dieser Plattform bildete sich ein breiter Konsens, der in seiner Qualität und Quantität über das Feld des alten katholischen Meinungsstreites hinausreichte, der meistens mit Formen eines anti-institutionellen Kampfes innerhalb der Kirche zusammenhing. Vorkämpfer der katholischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Wähler der Democrazia Cristiana, die «Christen für den Sozialismus», Mitglieder der Katholischen Aktion und der Pastoralräte, Basisgemeinden und Pfarreien, Priester, Ordensleute und Laien setzten sich in Bewegung. Mitten in der Verschiedenheit der politischen und religiösen Positionen tauchten gemeinsame Werte auf: die Neubekräftigung des weltlichen Charakters des Staates und die Ablehnung jedes Integralismus in den politischen Stellungnahmen, die Pflicht zur Respektierung der Minderheiten und der Autonomie gewisser Gewissensentscheide, die Überzeugung, daß die Unauflöslichkeit der Ehe als absoluter, mit dem Sakrament zusammenhängender Wert von sich aus die Privilegierung durch gesetzliche Schutzmaßnahmen zurückweist und daß die Kirche, um eine authentische evangelische Präsenz zu verwirklichen, auf Vorrechts- und Machtpositionen, die

sich aus Vereinbarungen mit den weltlichen Mächten ergeben, verzichten muß. Man betonte vor allem die religiösen Motive, die eine Stimmabgabe zugunsten der zivilen Scheidungsmöglichkeit rechtfertigten: den Wert der Religionsfreiheit, den prophetischen und nicht rechtlichen Charakter der «Unauflöslichkeit der christlichen Ehe als eines Sinnbilds und einer Botschaft von der unwiderflichen Liebe Gottes zum Menschen». Man erinnerte daran, daß der Staat ein so hohes und anspruchsvolles Verhaltensmuster nicht als legales Modell der Ehe allen, auch den Nichtglaubenden in intransigentem Art aufzwingen darf; man berief sich diesbezüglich auf die beständige Lehre der Kirche, wonach die staatliche Gesetzgebung die absolute Sittennorm um des Allgemeinwohles willen oft den geschichtlichen Erfordernissen anpassen muß.

Die Mobilisierung der «demokratischen Katholiken» hat vermieden, daß die Schlacht für die Ablehnung zu einem ernsthaften Religionskrieg wurde. Sie hat auch den Plan derer vereitelt, die das Referendum für ein geeignetes Instrument hielten, um die Katholiken wieder zu einer heiligen Union zusammenzuschweißen und die Einheit der Katholiken zu einer Einheit des Regimes werden zu lassen. Schon seit geraumer Zeit deckten sich die politischen Entscheide und Gruppierungen in Italien nicht mehr mit den konfessionellen Grenzen, aber das Referendum hat diesen Typus der politischen Einheit der Katholiken endgültig in eine Krise versetzt, indem es ein Instrument zertrümmerte, das einst entscheidend wichtig war, um die klerikale Oberherrschaft im Lande zu festigen. Das Band zwischen der *Democrazia Cristiana* und ihrem katholischen Hinterland ist zerrissen, und diese Krise der katholischen Welt im Sinn einer politisch-soziologischen Einheit war in einer Nation, der die besondere Verbundenheit mit dem Heiligen Stuhl eine Rolle von erstrangiger Bedeutung für die Gesamtkirche zuweist, mit der Krise des Regimes der Christenheit gleichbedeutend.

Bei diesem letzten geschichtlichen Entscheid hat sich gezeigt, daß die Hypothese der «*potestas indirecta in temporalibus*», von der sich die Kirche in ihren Beziehungen zur bürgerlichen Gewalt in der ganzen neueren Zeit leiten ließ, sich nicht mehr vertreten und praktizieren läßt. Im Jahre 1871 hatte ein anderer 12. Mai mit dem Garantiesgesetz das Ende der weltlichen Herrschaft des Papstes sanktioniert. Dieser neue 12. Mai wurde als das Ende des zweiten weltlichen Anspruchs beurteilt, der sich auf den Ruinen des ersten gebildet hatte:

als das Ende der Versuchung der Kirche, sich der Demokratie zu bedienen, um verlorene Machtpositionen zurückzuerobern. Der Versuch, mit der Gewalt eines staatlichen Gesetzes religiöse Werte wie die Unauflöslichkeit der Ehe aufzuzwingen, lag in der gleichen Logik, für die Freiheit und Demokratie nicht als Werte in sich gelten, sondern als Vehikel zu einer Restauration der Theokratie, wie das der Plan eines Lamennais war, der im politischen Entwurf Leos XIII. übernommen und verwirklicht wurde. Dieser Plan war die Wiege der modernen Konkordate und die Rechtfertigung für die europäischen christlich-demokratischen Parteien gewesen, die an der Geschichte des Kontinents in der Zwischenkriegszeit einen so starken Anteil hatten.

Mit dem 12. Mai Italiens ist die Kirche gezwungen worden, die endgültige Krise dieses Modells der Weltpräsenz zuzugeben, das Fehlschlagen des Programms, sich des Staates zu bedienen, um die Gesellschaft zu verchristlichen und aus dem Glauben eine zivile Ordnung hervorgehen zu lassen. Ein weiteres Mal hat eine geschichtliche Wende dem Leib der Kirche ein Stück konstantinischer Macht entrissen. Von nun an verhält es sich so: wenn die Kirche ihre Bekehrung aufschiebt, übernimmt es die Geschichte, sie zur Bekehrung zu treiben, indem sie ihr – zuweilen durch harte Schläge – das entzieht, was sie nur ungern aus der Hand läßt und was für die Verkündigung der Frohbotschaft ein Hemmnis ist. Solche geschichtlichen Schläge werden immer erst in einer späteren Zeit als «Tat Gottes» bezeichnet.

Dieser Übergang vom letzten Gestade des Mittelalters zur «Neuzeit» der christlichen Geschichte ist von einem neuen Wesenszug gekennzeichnet: er ist nicht durch das Werk der «Feinde der Kirche», in einem Regime der Verfolgung und der Feindseligkeit gegen sie zustande gekommen. Dieses Mal hat er sich vollzogen in einem Regime der «Treue», mit Hilfe italienischer Christen, die sich bewußt waren, Träger einer echt christlichen Alternative zu sein, eine viel sinnvollere Auffassung von der kirchlichen Gemeinschaft an den Tag zu legen (über einen bloß disziplinären Gehorsam hinaus), ein von der Kirche anerkanntes Recht auszuüben und eine neue Weise, den Glauben in die politischen Entscheidungen hineinzu bringen, zu beglaubigen. Übrigens hat Papst Paul VI. selbst zugegeben, daß die alte Hypothese ausgespielt hat und daß es notwendig ist, die Weise der christlichen Präsenz in der Gesellschaft zu erneuern. Als er am 8. Juni 1974 den italienischen

Episkopat empfang, der eben von einer seiner dramatischsten Sitzungen herkam, hat der Papst die Gläubigen ermahnt, sich einzusetzen «für den wahren Dienst am Menschen und seinen Institutionen, damit diese innerlich immer mehr von echt christlichem Geist beseelt seien». Die christliche Präsenz in der Gesellschaft wird also von Paul VI. selbst als eine Präsenz des «Dienstes» an den Gesellschaftsinstitutionen gesehen, als eine Präsenz, die nicht mehr durch geeignete Machtmittel oder christliche Institutionen zu verwirklichen ist, sondern durch eine «Beseelung von innen her» der Institutionen, welche die demokratische Gesellschaft sich gibt. Es war, als ob er hätte sagen wollen, daß die Kirche sich von nun an vorbehaltlos und klaglos auf den Standpunkt der Freiheit stellen und die Wirklichkeit des Staates als gemeinsamen Bereich der Begegnung unter den Menschen annehmen solle.

Theoretisch ist damit eine Geschichtsepoche abgeschlossen. Dies umso mehr, als der 12. Mai in Italien nicht nur den italienischen «politischen» Katholizismus (der trotz der These Maritains von der Autonomie des Zeitlichen sich beständig gegen die vom Konzil angestrebte Orientierung der Kirche und gegen die neuen politischen Einsichten des christlichen Gewissens sträubte) in eine Krise versetzt, sondern auch das Konkordat von 1929 seines Hauptinhaltes (des der Kirche in bezug auf die Ehe zugestandenen Sonderrechtes) entleert hat; das Problem der Beziehungen zwischen Staat und Kirche und die Frage des Bündnisses zwischen den katholischen, den sozialistischen und den laizistischen Volksmassen wurde in eine neue Perspektive versetzt. Ein Referendum, vor dem man bangte, weil man befürchtete, geschichtliche Trennungslinien zwischen den Kräften, die das italienische Risorgimento gemacht, und den Kräften, die es erlitten hatten, könnten wieder nachgezogen werden, wurde paradoxerweise zu einer Bestätigung der Einheit zwischen diesen Volkskräften, indem es eine tiefgreifende Revision der religiösen Ideologien des laizistischen Liberalismus und des Sozialismus in Italien angebahnt hat.

Zu einem «Religionskrieg» ist es nicht zwischen diesen geschichtlichen Kräften gekommen, sondern vielmehr innerhalb des Katholizismus, wo der Referendumskampf Wunden hinterlassen hat, die sich wohl nicht so bald heilen lassen. Eine geschichtlich-politische Meinungsverschiedenheit, die eine Episode des berechtigten Pluralismus der Gläubigen hätte bleiben können, hat der Kirche in Form eines Bruchs der Gemeinschaft der Gläu-

bigen und einer Kluft zwischen der Hierarchie und breiten Massen des Volkes Gottes einen Rückschlag versetzt. Weil die Bischöfe es unterlassen hatten, vor ihrer öffentlichen Stellungnahme gegen das Ehescheidungs-gesetz Rat einzuholen, und weil auch den Bischöfen, die damit nicht einverstanden waren, zur Pflicht gemacht worden war, eine einmütige Haltung der Hierarchie zu demonstrieren, war der innerkirchliche Zusammenhang überfahren worden, und es wurden ihm von den strengsten Diskriminierungen innerhalb ein und derselben Kirche, bei denen man sogar zu den äußersten rechtlichen Sanktionen griff, Wunden geschlagen. Im Episkopat herrschte nach dem 12. Mai die Versuchung vor, Repressalien zu ergreifen, und die Illusion, man könne die Kirche mit irgendeinem autoritären Desinfektionsmittel wieder in Ordnung bringen und die Einheit wiederherstellen. Nur wenige Bischöfe haben bewiesen, daß sie das «Zeichen der Zeit» vom 12. Mai verstanden haben. Somit hat sich zwischen dem Volk und der kirchlichen Hierarchie ein tiefer religiöser und nicht bloß kultureller und politischer Graben aufgetan, ein Graben, der sich in dem Maß auszuweiten droht, als die Mehrheit der Bischöfe dazu neigt, die Gläubigen je nach ihrer Stimmabgabe beim Referendum politisch in «Gehorsame» und «Widerspenstige» einzuteilen, und sagt, sie fühle sich den Katholiken, die mit Ja gestimmt hätten, «in der kirchlichen Gemeinschaft und im Einsatz, an der gemeinsamen Evangelisations-sendung mitzuarbeiten, ... näher». Sogar der Vorsitzende des Episkopats, Kardinal Antonio Poma, mußte es erleben, daß die elfte Versammlung des Episkopats seinen von Paul VI. unterstützten Vorschlag ablehnte, worin er dazu aufrief, «vorwärts zu schauen», «die Polemiken hinter sich zu lassen» und das, was am 12. Mai geschah, aufmerksam zu studieren, damit «Gefühle des Mißtrauens behoben und Wunden geheilt» würden. Und was die Democrazia Cristiana betrifft, so ist innerhalb der Bewegung «Demokratische Katholiken» (die beschlossen hat, zu einer Institution, nicht aber zu einer politischen Partei zu werden) die Ansicht derjenigen, die eine kulturelle und politische Erneuerung der Partei für möglich halten, in Minderheit verblieben, während der Stab der Democrazia Cristiana in einer Sondersitzung ihres Landesrates nichts anderes zustande gebracht hat als eine vorläufige Beschwichtigung der Krise, ohne daß die objektiv konservative Rolle der Partei und ihr Verhältnis zu den italienischen Volksmassen in Frage gestellt wurde.

Bei dieser Sachlage wird die italienische Kirche – in der trotz allem untergründig Erneuerungskräfte am Werk sind – wohl kaum so bald ihrer Rolle abschwören können, den politisch-gesellschaftlichen Kontext, den der 12. Mai ideologischer Stützen beraubt hat, zu legitimieren. Die Kluft, die sie von der Bewegung der Geschichte und von der «Geschichte der Freiheit» trennt, droht sich folglich noch zu verschlimmern. Die Gefahr, daß die Kirche in Italien wieder alte, gegen den Lauf der Geschichte gerichtete Verteidigungspositionen einnimmt, droht diese zu einer sakralen «Sekte» werden zu lassen, sofern das im Gang befindliche Programm zu einer Evangelisierung der italienischen «Nachchristen» nicht das «Wunder» vollbringt, daß die Lage Italiens als «Missionsland» kollektiv zur Kenntnis genommen wird. Doch damit es dazu kommt, müßte die Kirche einen Dialog fördern und noch mehr eine ernsthafte Mitwirkung von seiten aller Komponenten der Kirche: einen Dialog, der darauf ausgeht, der tiefen Einheit zu dienen, die damit gegeben ist, daß man gemeinsam das Brot bricht und das Wort Gottes liest, in Gemeinschaft mit den Bischöfen und mit erweiterten Räumen für die Initiative und die Freiheit der Gläubigen. Überdies müßte man die Kirche von den Vorrechten und aus den alten Banden befreien, die mit dem Konkordat zusammenhängen; man müßte sie befreien von der gesellschaftlichen Macht und Vorherrschaft; man müßte eine prophetische Kritik dem System gegenüber entwickeln, das die strukturellen Ungleichheiten der italienischen Gesellschaft verstärkt hat. Dies sind die Hauptforderungen, die im Hinblick auf die Zukunft zu stellen sind, damit die Kirche Italiens sich mitten im Volk wirksam ihrer Evangelisationsaufgabe widmen kann.

Übersetzt von Dr. August Benz

GIANCARLO ZIZOLA

geboren 1936 in der Provinz Treviso (Italien), Journalist. 1961 begann er sich im Hinblick auf das Zweite Vatikanische Konzil für «L'Avvenire d'Italia» mit kirchlichen Fragen zu befassen. Nach einigen Jahren avantgardistischen katholischen Journalismus' in Italien wurde er Vatikanspezialist von «Messaggero» und dann von «Il Giorno» (Mailand). Er ist ferner Römer Korrespondent der «Informations Catholiques Internationales». Er veröffentlichte u. a.: Il Sinodo dei Vescovi (Turin 1968), La riforma del Sant'Offizio (Turin 1969), Bruxelles Documenti e Analisi (Bologna 1970), und er arbeitete mit an: Laici sulle vie del Concilio (Assisi 1966), Testimonianza per papa Giovanni (Mailand 1965), La questione della pillola (Mailand 1969).

Ein Katechismus,
der die Existenz-
fragen des mo-
dernen Menschen
trifft!

Verlag Styria
Graz Wien Köln



311 Seiten, gebunden
S 196.–, sFr. 35.70, DM 29.–

Der Autor, Seelsorger in der Pfarre Wien-Machstraße, hat dieses Buch im Einsatz für seine konkrete Gemeinde geschrieben. Mit Kardinal König, Karl Rahner und Marcel Legaut sieht er die Zukunft der Kirche in den «kleinen Gemeinschaften» und legt in seinem Glaubensbuch zu dieser Sicht das Fundament für Theorie und Praxis.